

#gemeinsamgegenarmut

Armut bekämpfen.
Sozialen Zusammenhang stärken.

POSITIONEN

der Liga der Freien Wohlfahrtspflege
in Hessen e. V. und

FORDERUNGEN

an die künftige
Landesregierung
in Hessen



Landesverband
der Jüdischen
Gemeinden in
Hessen K. d. ö. R.

Inhaltsverzeichnis

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Positionen zur Hessischen Landtagswahl 2018

Über Armut sprechen – sachlich und respektvoll

Seite 4

Armut hat viele Gesichter – Betroffene berichten

Seite 6

Zu reich für Armut – Armutsentwicklung in Hessen

Seite 8

„Und raus bist Du...“ – Kinder-, Familien- und Altersarmut in Hessen

Seite 10

In Bildung investieren – Gerechtigkeit realisieren

Seite 12

Erwerbsarmut verhindern – Arbeitsmarkt fördern

Seite 14

Menschenrecht verwirklichen – Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Seite 16

Nachbarschaften fördern – Sozialen Zusammenhalt stärken

Seite 18

Ausblick

Seite 20

#gemeinsamgegenarmut

VORWORT

Fast 90 Prozent der Hessen erkennen im Gegensatz zwischen „Arm“ und „Reich“ einen starken bzw. sehr starken Konflikt. Die Menschen spüren, dass die immer größer werdende soziale Ungleichheit Probleme mit sich bringen kann.

Armut grenzt aus und spaltet die Gesellschaft. Menschen, die in Armut leben, sind materiell und dadurch oft auch sozial und kulturell ausgegrenzt. Sie erfahren, dass ihre Interessen von vielen politisch Verantwortlichen nicht mehr berücksichtigt werden. Sie fühlen sich nicht ernst genommen, manche sogar ganz vergessen. Diese Tatsachen gefährden nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern bedrohen auch unsere demokratischen Strukturen. Sie bieten zudem einen Nährboden für extremistische Positionen, die teilweise in pauschaler Art ganze Bevölkerungsgruppen als Sündenbock für soziale Schieflagen verantwortlich machen.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie der Einsatz für gleichberechtigte Teilhabe und Inklusion aller Menschen in der Gesellschaft bilden den Kern des Selbstverständnisses und des gesellschaftspolitischen Auftrags der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen.

Wir unterstützen den Gedanken der Teilhabegerechtigkeit aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und machen uns aus diesem Selbstverständnis für eine gerechte Gesellschaft stark.

Mit unseren Forderungen an die zukünftige Landesregierung wollen wir dazu beitragen, dass die hessische Landespolitik Armut und deren Ursachen bekämpft und den sozialen Zusammenhalt wieder stärkt.

Dabei ist diese Broschüre nur ein Element der politischen Arbeit der Liga. Die Arbeitskreise der Liga werden sich im Herbst dieses Jahres mit konkreter gefassten politischen Forderungen in die Diskussion einbringen. Diese und die anderen Aktivitäten der Liga-Verbände verfolgen dabei ein Ziel: Armut bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt stärken.


Nils Möller
Vorstandsvorsitzender Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Über Armut sprechen – sachlich und respektvoll

Der amtlichen Sozialberichterstattung zufolge gilt in Deutschland als arm, wer weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Haushaltsnetto-äquivalenzeinkommens zur Verfügung hat. Diese etwas sperrige Definition misst Armut anhand eines einzigen Parameters: dem Einkommen. Sie trifft damit einen wichtigen Punkt: Armut bedeutet, über vergleichsweise wenige Ressourcen zu verfügen. So lag die Armutsgefährdungsschwelle in Hessen im Jahr 2016 bei einem Einpersonenhaushalt bei 998 Euro Haushaltsnettoeinkommen. Über 15 Prozent der Hessen lebten im Jahr 2016 unterhalb dieser Schwelle. In absoluten Zahlen waren das mehr als 900.000 Menschen, die in Hessen von Armut betroffen waren. Was bei der statistischen Erfassung von Armut jedoch nicht beachtet wird, sind die Folgen, die mit einem geringen Einkommen einhergehen. Auch bietet sie keine Bewertung von Armut.

Position der Liga:

Armut ist nicht nur eine Frage des relativ geringen Einkommens. Sie greift viel tiefer und hat oft gravierende Folgen für die Lebenswirklichkeit der Betroffenen. Ein geringes Einkommen kann zu schlechterer Ernährung führen, die psychische und physische Gesundheit beeinträchtigen und die soziale bzw. kulturelle Teilhabe behindern.

Wir meinen: Armut ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Armut behindert die freie Entfaltung der Persönlichkeit und schränkt grundlegende Rechte auf soziale und kulturelle Teilhabe ein. Armut zu bekämpfen und Teilhabe zu ermöglichen, ist eine Frage der Gerechtigkeit – und eine der wichtigsten Aufgaben des Staates.

Wir meinen weiter: Es ist wichtig, wie über und mit Menschen gesprochen wird, die von Armut betroffen sind. Nur zu häufig kann man von „sozial Schwachen“ lesen oder hören. In bestimmten Teilen der Politik und Medien wird plakativ und vorurteilsbeladen argumentiert und pauschal von „Schmarotzern“ oder „Hartzern“, bzw. undifferenziert von „Armen“ oder „Bildungsfernen“ gesprochen.

4

Diese wertenden und generalisierenden Zuschreibungen verdecken, dass die Gründe für ein Leben in Armut vielfältig sind.

Jede Armutslage hat ihre eigene Geschichte. Wenn wir über Menschen reden, die von Armut betroffen sind, helfen pauschale Zuschreibungen oder vorschnelle Beurteilungen nicht weiter. Dies gilt insbesondere dann, wenn Armut als Folge individuellen Versagens beschrieben wird.

Das Sprichwort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ trifft nur einen Teil der Wahrheit.

Die Herkunft, der Wohnort, die fehlende oder vorhandene Unterstützung durch die Familie, der Zugang zu Bildung oder auch die Gesundheit sind etliche Faktoren, die sich kein Mensch selbst ganz alleine „schmieden“ kann. Für das Eintreten einer Verschuldung ist beispielsweise in Deutschland mittlerweile der dritthäufigste Grund eine schwere Erkrankung.

Das Auftreten einer Armutslage kann auch durch eine betriebsbedingte Kündigung oder eine zu niedrig bezahlte Arbeit verursacht sein.

Wir fordern:

- **Wir erwarten, dass über Menschen, die von Armut betroffen sind, sachlich differenziert und respektvoll gesprochen wird.** Pauschale und einseitig wertende Wendungen wie z.B. „sozial schwach“ sind mit Blick auf Armutsbetroffene zu vermeiden. Denn jedem Menschen kommt die gleiche Würde zu – unabhängig von seinem Einkommen, sozialen Rang oder beruflichen Status. Auch die Politik ist gefordert, der Verrohung der Sprache entgegen zu treten.
- **Von Armut betroffene Menschen sollten nicht in eine Schublade gesteckt werden.** Es ist weder sinnvoll, bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen zu Sündenböcken zu machen, noch von Armut betroffene Menschen undifferenziert in eine Kategorie einzusortieren. Stattdessen sind die vielen Gründe für das Entstehen von Armutslagen und die unterschiedlichen Lebenslagen von Armutsbetroffenen zu beachten.
- **Wir fordern eine Fortsetzung der Sozialberichterstattung in Hessen,** bei der die differenzierte Analyse der Armutslagen in Hessen auch auf regionaler Ebene weiter betrieben wird.

5

Armut hat viele Gesichter – Betroffene berichten

Zu Beginn dieses Jahres ist die Arbeit der Tafeln in Deutschland wieder stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Der Entschluss der Tafel in Essen, Personen mit ausländischer Herkunft zeitweise nicht mehr als Neukunden aufzunehmen, hat nicht nur viele berechtigte Kritik hervorgerufen. Er hat auch gezeigt, dass die Angebote der Tafeln von ganz unterschiedlichen Menschen genutzt werden.

Armut hat viele Gesichter. Bei den Tafeln zeigt sich dies exemplarisch: Neben Alleinerziehenden, Rentner*innen und Migrant*innen sind es Geflüchtete, (Langzeit-)Arbeitslose, chronisch Kranke und sogenannte Aufstocker, die aufgrund ihres geringen Einkommens die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen.

Die pauschale Unterstellung, dass „Hartz IV“ zum Leben ausreicht und niemand ohne die Lebensmittelausgabe der Tafeln hungern müsse, steht in direktem Widerspruch zu den Erfahrungen vieler Menschen:

„Ich bleibe den ganzen Tag im Bett, dann spare ich die Heizkosten. Wenn ich mich wenig bewege, habe ich nicht so viel Hunger.“

Rentnerin (84 Jahre)

Quelle: Allgemeine Sozial- und Lebensberatung der Diakonie Kassel (2018)

„Wenn ich manchmal die anderen Mütter in der Kita sehe, (...) die können ihren Kindern was bieten (...). Manchmal glaube ich, das wird bei mir nie besser werden mit dem Geld und ob ich aus dem Hartz IV irgendwann rauskomme (...).“

Nora, alleinerziehend (29 Jahre)

Quelle: Caritasverband Limburg. Den Armen eine Stimme geben (2017): S.16

„Ich ging nicht mehr aus dem Haus, es war zu wenig Geld für die Kinder da. Ich traute mich mit meinen Kindern nicht mal mehr ins Schwimmbad“.

Anonym

Quelle: Sozialwirtschaftsstudie Hessen (2017): S.136

Derzeit beträgt der Grundsicherungssatz bei einem Single 416 Euro pro Monat. Ein Schulkind im Alter zwischen sechs und 13 Jahren erhält 296 Euro pro Monat. Betrachtet man nur den Betrag für Lebensmittel, so bleiben weniger als vier Euro pro Tag; deutlich zu wenig, um sich davon gesund zu ernähren. Auch der Betrag für Bekleidung und Schuhe fällt mit etwas mehr als 40 Euro viel zu gering aus. Dazu kommt, dass das Kindergeld nicht auf die Leistungen nach SGB II dazukommt, sondern mit ihm verrechnet wird.

Position der Liga:

Wir meinen: Die Beträge des Regelsatzes sind zu niedrig. In der täglichen Arbeit erleben wir immer wieder, dass der Mindestbedarf von Menschen im Leistungsbezug nicht abgedeckt ist und sie daher auf zusätzliche Unterstützung wie z.B. die Tafeln, angewiesen sind.

Wir fordern:

- **Die Unterschiedlichkeit der Armutslagen ist anzuerkennen.** Für die Personengruppen, die am häufigsten von Einkommensarmut betroffen sind (Erwerbslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Familien mit mehreren Kindern) sind spezielle Programme zur Armutsprävention und -bekämpfung zu initiieren.
- **Der Grundsicherungssatz muss den tatsächlichen Grundbedarf abdecken.** Er darf nicht methodisch fraglich hergeleitet und gezielt klein gerechnet werden. Um die Lebenslagen der armutsbetroffenen Menschen in Hessen zu verbessern, muss sich die Hessische Landesregierung auf Bundesebene für eine bedarfsgerechte Erhöhung der Sozialhilfe einsetzen. Verschiedene Berechnungen etwa des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Diakonie oder der Caritas kommen darin überein, dass der Regelsatz derzeit für einen Single-Haushalt nicht 416 Euro, sondern 570 Euro betragen müsste (und entsprechend mehr für weitere Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften).

■ Die Tafeln dürfen nicht länger Aufgaben des Staates

übernehmen. Wenngleich die Tafeln wichtige gesellschaftspolitische Funktionen (z.B. die Sensibilisierung für Lebensmittelverschwendung) wahrnehmen, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es Aufgabe des Staates ist, das ökonomische und soziokulturelle Existenzminimum aller Bürger*innen tatsächlich zu gewährleisten.

Dazu gehört u.a. die Sicherstellung, dass Menschen nach einer langen Zeit der Erwerbstätigkeit, auch nach Eintritt des Rentenalters, in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten; ebenso die konstruktive Beteiligung an der Diskussion über die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Leistungen wie diejenige des Bildungs- und Teilhabepakets entbehrlich machen könnte.

Zu reich für Armut – Armutsentwicklung in Hessen

Die Ergebnisse des zweiten Hessischen Landesozialberichtes zeigen, dass der Anteil der Menschen, die unter der relativen Armutsgefährdungsgrenze leben, tendenziell ansteigt.

Während im Jahr 2005 noch 12,7 Prozent der Hessen in Armut lebten, ist dieser Anteil bis 2015 auf 14,4 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg auch der Anteil der Einkommensreichen um 0,8 Prozentpunkte und lag im Jahr 2015 bei 9,3 Prozent. Damit hatte Hessen unter den Bundesländern den größten Anteil von einkommensreichen Personen.

Die Zunahme sowohl der Armuts- als auch der Reichtumsquote ist ein Hinweis darauf, dass die gesellschaftliche Ungleichheit in Hessen zugenommen hat. Allerdings weist der Landesozialbericht auch darauf hin, dass die offiziellen Zahlen noch nicht einmal in der Lage sind, die tatsächliche – und d.h. hier: höhere – Ungleichheit auszuweisen, da sehr hohe Einkommen sowie die Zahl der Personen, die von extremer Armut betroffen sind, von den bisherigen Erhebungsinstrumenten nicht erfasst werden können.

Position der Liga:

Die wachsende soziale Ungleichheit gefährdet massiv den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

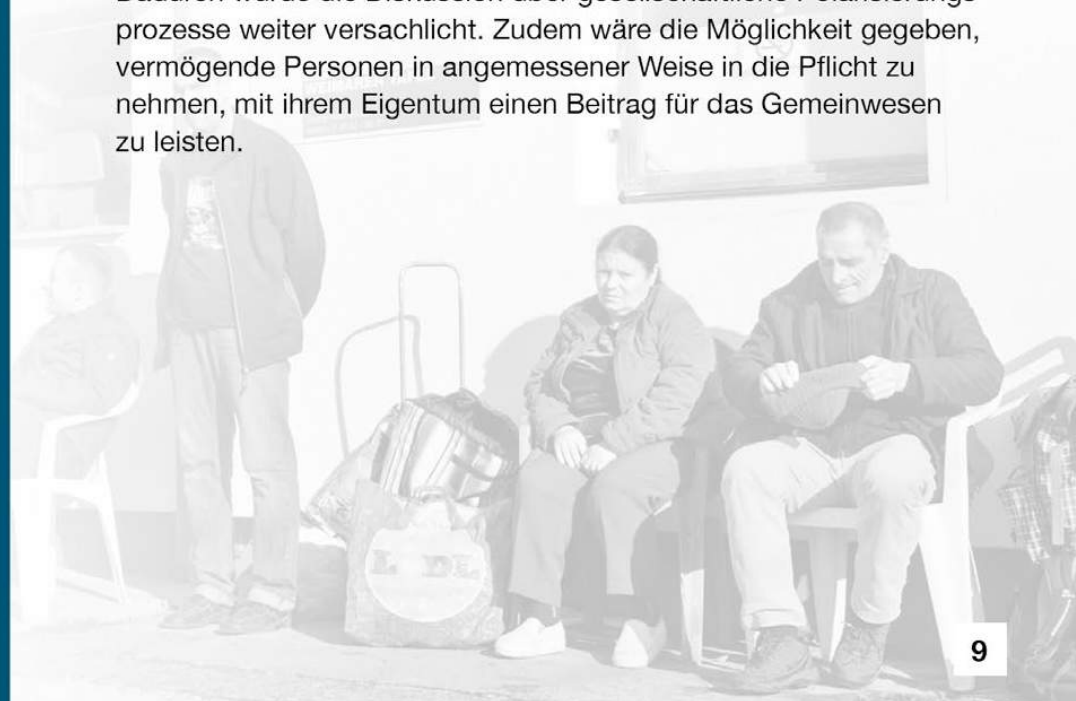
Wir fordern:

- **Die hessische Landesregierung muss über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die problematischen Entwicklungen der sozialen Ungleichheit gestoppt und die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen reduziert werden.**

Neben den bereits genannten Vorschlägen (Höhe von Grundsicherung und Rente sowie Einführung einer Kindergrundsicherung) sind hierbei v.a. steuerliche Maßnahmen zu nutzen und auf eine Erhöhung des Mindestlohnes hinzuwirken.

- **In Hessen sollen sehr hohe Einkommen und Vermögen ebenso besser und umfänglicher erfasst werden wie die Zahl der Personen, die von extremer Armut betroffen sind.**

Dadurch würde die Diskussion über gesellschaftliche Polarisierungsprozesse weiter versachlicht. Zudem wäre die Möglichkeit gegeben, vermögende Personen in angemessener Weise in die Pflicht zu nehmen, mit ihrem Eigentum einen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten.



„Und raus bist Du...“ – Kinder-, Familien- und Altersarmut in Hessen

Die Armutsgefährdungsquote bei Kindern ist in Hessen mit 17,9 Prozent größer als diejenige für die Gesamtbevölkerung.

Die höchste Gefahr von Armut betroffen zu werden, besteht in Haushalten, in denen alleinerziehende Eltern mit ihren Kindern leben. Hier liegt die Armutsgefährdungsquote bei aktuell 47 Prozent. Seit 2010 ist sie sogar noch weiter angestiegen.

Diese Diagnose ist erschreckend. Belegt sie doch, dass viele Kinder nicht im vollen Maße an der Gesellschaft teilhaben können. Kinder, die von Armut betroffen sind, müssen auf vieles verzichten: Es fehlt an Geld für den Urlaub, Freunde können nicht zum Essen eingeladen werden, die Geschenke für den Kindergeburtstag fallen kleiner aus oder entfallen ganz, Theater- oder Restaurantbesuche finden häufig gar nicht statt.

Gefährlich an dieser Lebenslage sind ihre Folgen: Wenn Kinder und Jugendliche lernen, dass Armut ein Zustand ist, der nicht verlassen werden kann, laufen sie Gefahr, zu resignieren und sich in der Ausgrenzungssituation einzurichten.

Auch Personen, die älter als 65 Jahre sind, sind besonders von Armut betroffen. Die Armutsrisikoquote bei dieser Personengruppe ist zwischen 2005 und 2015 im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich stark angewachsen. Hier zeigen sich die ersten Auswirkungen der Rentenreformen seit der Jahrtausendwende und weisen darauf hin, dass Altersarmut ein größer werdendes Problem darstellt. Dabei sind häufig Frauen von Altersarmut betroffen.

Wer Armut bekämpfen will, muss die Ursachen kennen: Als zentrale Ursache für Kinderarmut gilt der Erwerbsstatus des Haupteinkommensbeziehenden im Haushalt. Wenn die- oder derjenige erwerbstätig ist, liegt die Armutsrisikoquote bei Kindern unter 14 Jahre bei rund 13 Prozent. Ist diese Person jedoch von Arbeitslosigkeit betroffen, liegt die Armutsrisikoquote für Kinder bei 65 Prozent und ist damit um ein Vielfaches höher.

Position der Liga:

Gesellschaftliche Teilhabe zu verwirklichen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Von Armut betroffene Menschen müssen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe erhalten.

Wir fordern:

- **Für alle Personen, die in Hessen von Armut betroffen sind, soll ein Sozial- oder Teilhabepass eingeführt werden,** der gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, wie z.B. freien Eintritt in Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen sowie freie Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.
- **Um den strukturellen Benachteiligungen von Alleinerziehenden entgegenzuwirken, sind die Teilzeit- bzw. modularen Ausbildungsgänge neu aufzulegen.** Ebenso soll ein spezielles Landesprogramm für alleinerziehende Eltern initiiert werden, um existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.
- **Die Teilhabe älterer, insbesondere älterer alleinstehender Menschen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, ist über sozialräumliche Arbeit gezielt zu fördern.** Entsprechende Förderprogramme sind zu erhöhen, bzw. neu zu etablieren.

In Bildung investieren – Gerechtigkeit realisieren

Bildungssysteme sind dann gut, wenn sie leistungsfähig sind und allen Menschen faire Chancen bieten. Dies trifft auf Bildung in ganz unterschiedlichen Lebensphasen, von der Kindheit bis in das Erwachsenenalter, zu. Dabei ist Bildung heute noch sehr häufig vom Wohnort, sozialer und ethnischer Herkunft oder vom Geschlecht abhängig. Bildung gilt zu Recht als guter Schutz vor Armut. In Bildung zu investieren bedeutet auch, der Entstehung von Armut vorzubeugen. Dabei kommt der frühkindlichen und schulischen Bildung eine besondere Bedeutung zu. Sie kann Defizite frühzeitig erkennen oder entgegenwirken. Eine Voraussetzung dafür sind gute und vergleichbare Qualitätsstandards.

Position der Liga:

Die Liga ist davon überzeugt, dass gleiche Bildungschancen die Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft bilden. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es von entscheidender Bedeutung, dass Menschen ihre Begabungen entdecken und unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht angemessen zur Entfaltung bringen können – zu ihrem Wohl und zum Wohl der Gesellschaft.

Wir fordern:

■ In Hessen ist eine Koordinationsstelle zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut einzurichten.

Diese Stelle soll zum einen die im zweiten Hessischen Landessozialbericht begonnene Sammlung von „Good-Practice-Beispielen“ zur Bekämpfung von Kinderarmut fortsetzen und sich um deren weitere Implementierung kümmern. Sie soll zudem die bereits in Hessen modellhaft eingerichteten Präventionsketten zur Vermeidung von Kinderarmut in weiteren Kommunen initiieren und dadurch auch die Bildungsverläufe von Kindern verbessern.

■ Wir fordern, dass Familien umfassende Informationen über alle Angebote der Kinderbetreuung im Stadtteil erhalten und dass die Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der beruflichen Orientierung ausgebaut werden.

Um Armutsrisiken zu bewältigen, reicht es nicht, dass entsprechende Angebote bestehen, es ist ebenso wichtig, das Wissen um diese Angebote zu vermitteln.

■ Bildung soll in Hessen grundsätzlich gebührenfrei sein.

Die Qualitätsstandards von Kinderbetreuungsangeboten sind weiter zu verbessern.

Ein längeres gemeinsames Lernen und Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist durch die Schaffung eines integrierten Ganztagsangebotes von Schule und Kinder- und Jugendhilfe als sog. „Offene Ganztagschule“ zu ermöglichen.

Die Hausaufgabenhilfe ist auszubauen und zu entbürokratisieren.



Erwerbsarmut verhindern – Arbeitsmarkt fördern

In den zurückliegenden Jahren ist auch in Hessen die Erwerbsquote gestiegen: Seit 2005 sind die sozialversicherungspflichtigen Stellen von 2,1 auf 2,5 Millionen im Jahre 2016 angewachsen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist auch bei Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Gleichzeitig sind weniger Menschen auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings hat der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Stellen auch einige Schattenseiten.

So geht dieser Anstieg mit einer deutlichen Zunahme atypischer Beschäftigungen und einer Ausweitung des Niedriglohnsektors einher. Der Anteil der Personen in atypischer Beschäftigung (Befristete Arbeitsverträge, Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit) ist auf 39,3 Prozent im Jahr 2015 gestiegen. Personen in atypischer Beschäftigung erwerben weniger gesetzliche Rentenansprüche und können weniger Altersvorsorge betreiben, so dass Altersarmut für sie vorprogrammiert ist. Außerdem erschwert die Unsicherheit befristeter Arbeitsverträge die Lebens- und Familienplanung.

Der positive Trend bei der Anzahl sozialversicherungspflichtiger Jobs ging leider an der Gruppe der Langzeitarbeitslosen vorbei. Bei (langer) Erwerbslosigkeit steigt das Risiko von Armut, gesundheitlichen Problemen und sozialer Isolation. Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur negativ auf die betroffenen Menschen selbst, sondern auch auf ihre Familien, insbesondere die Kinder aus. Die negativen Folgeerscheinungen für die Gesellschaft durch langandauernde finanzielle Unterstützung, wachsende Gesundheitskosten und gesteigerte Bildungsausgaben werden oft nicht gesehen.

Menschen brauchen wieder Perspektiven und eine realistische Chance auf Arbeit, um darüber neue Lebenschancen zu entwickeln und ihre soziale Teilhabe verwirklichen zu können.

Position der Liga:

Erwerbstätig zu sein, ist zentral für die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Die Ausübung von Erwerbsarbeit muss vor Armut schützen können. Es ist Aufgabe der Politik, den Rahmen für gute Arbeitsbedingungen und für gut bezahlte Erwerbsarbeit zu setzen.

Wir fordern:

- **Ein ganzheitliches Förderkonzept**, das alle Empfänger*innen von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende in den Blick nimmt, und für alle Leistungsberechtigte geeignete und verlässlich ausfinanzierte Förderangebote zur Verfügung stellt.
- **Für öffentlich geförderte Beschäftigung ist ein eigenes Landesprogramm aufzulegen (Sozialer Arbeitsmarkt).** Produktionsschulen sind flächendeckend bei gemeinnützigen Trägern auszubauen.
- **Weiterbildungen, die zu einem Berufsabschluss führen, sind mit der Vermittlung in Arbeit als Zielvorgabe gleichzusetzen.** Teilnehmende sollten mit einem einheitlichen und anrechnungsfreien Weiterbildungsgeld zusätzlich zum Arbeitslosengeld gefördert werden.
- **Existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse müssen gewährleistet werden.** Wir fordern die Landesregierung auf, zukünftig im öffentlichen Dienst prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden und zu gewährleisten, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die für Deutschland maßgeblichen Tariflöhne gezahlt bzw. refinanziert werden. Sachgrundlose Befristungen sind um mindestens 25 Prozent zu reduzieren.

Menschenrecht verwirklichen – Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Dieses Recht beinhaltet die ausreichende Verfügbarkeit, einen bezahlbaren Zugang zu Wohnraum und eine menschenwürdige Qualität desselben. In Hessen sind jedoch zu wenige Wohnungen vorhanden. Das aktuelle Defizit wird auf 60.000 bis 80.000 Wohnungen beziffert. Schätzungen zufolge müssten in Hessen jedes Jahr 37.000 neue Wohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Zuletzt wurden jedoch lediglich 17.000 Wohnungen pro Jahr fertig gestellt. Das aktuelle Defizit wird sich dadurch weiter erhöhen. Prognosen gehen davon aus, dass bis 2040 rund 500.000 Wohnungen in Hessen gebaut werden müssen, um den Bedarf zu decken.

Zudem ist der soziale Wohnungsbau in Hessen gezielt abgebaut worden. Der Bestand an Sozialwohnungen hat sich in Hessen in den letzten zwanzig Jahren auf 93.000 halbiert. Ende 2016 suchten somit rund 46.000 Menschen mit Anspruch eine Sozialwohnung.

Position der Liga:

Wir meinen: Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik. Sie muss auf die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum zielen. Wohnen darf nicht als Ware dem freien Markt allein überlassen werden.

Wir fordern:

- **Wohnungspolitik ist auch Sozialpolitik.**
Eine Wohnungsbaukoordinationsstelle soll alle Bauvorhaben der öffentlichen Hand bündeln und die Gebietskörperschaften bei deren Umsetzung unterstützen.
- **Vom Land Hessen sind weitere finanzielle Anstrengungen zu unternehmen,** um den weiteren Schwund an Sozialwohnungen zu stoppen sowie deren Anzahl wesentlich zu erhöhen.

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum sollen sowohl 40 Prozent als sozialer Wohnungsbau ausgewiesen werden als auch die Förderung neuer Wohnformen und die ausreichende Bereitstellung von barrierefreien und seniorenrechtlichen Wohnungen und kleineren Wohnungen beachtet werden.

- **Die Kosten der Unterkunft sind in der tatsächlichen Höhe zu übernehmen.** Die Landesregierung soll sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung im SGB II und SGB XII inklusive den Nebenkosten für Strom, Gas, Wasser rechtssicher und auskömmlich ermittelt und kosten deckend übernommen werden.
Werden Wohnkosten nicht in voller Höhe übernommen, müssen Teile der Miete aus dem Regelbedarfbestritten werden. Dies führt zur Unterschreitung des Existenzminimums und damit zu einer Verletzung des Menschenrechts auf Wohnen, die nicht hinnehmbar ist.
- **Wir fordern, die Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften so kurz wie möglich zu halten** und verbindliche sowie landesweit einheitliche Standards für die Unterbringung festzuschreiben und einzuhalten.
- **Eine Wohnungsnotfallstatistik ist regelmäßig durchzuführen.**



Nachbarschaften fördern – Sozialen Zusammenhalt stärken

Das sozial- und fachpolitische Konzept der Sozialraumorientierung zielt auf Überwindung von Ausgrenzung und Armut. Es setzt bei den Bedürfnislagen des Einzelnen an und trägt über Kooperationen und Vernetzungen im Sozialraum dazu bei, dass Teilhabe für den Einzelnen in seinem Umfeld realisiert wird.

Ziele der Gemeinwesen- und sozialraumorientierten Arbeit sind die Aktivierung, Befähigung und Ermutigung der Bürgerinnen und Bürger eines Quartiers. Diese sollen sich selbst für die Verbesserung ihrer Lebensqualität und die Wahrnehmung ihrer Belange einsetzen können. Dabei wird über die Vernetzung mit örtlichen Institutionen (Behörden, Schulen, Jugendhäusern, Kirchen), Initiativen (Vereinen, Gruppierungen) und die Aktivierung von Einzelpersonen (Meinungsmachern, Wortführern, Ehrenamtlichen) eine nachhaltige Wirkung angestrebt.

Position der Liga:

Die Inklusionskraft solidarischer Gemeinwesen ist für den sozialen Zusammenhalt zentral. Es gilt, Nachbarschaften zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, damit das Ziel einer inklusiven Gesellschaft erreicht werden kann, in der die Bürgerrechte aller respektiert werden.

Wir fordern:

- **Das Land Hessen soll die Förderung von Nachbarschaften und die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes durch nachhaltige Strategien und eine auskömmliche und langfristige Finanzierung vorantreiben.**

- **Die Gemeinwesenarbeit und sozialräumliche Arbeit hat jahrzehntelange Erfahrung in der Moderation gemeinwesenbezogener Aushandlungsprozesse.**

Diese Methoden sind verstärkt nutzbar zu machen und Pflichtaufgabe staatlichen Handelns.

- **Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder gestärkt werden.**

Öffentliche Verwaltung kann im Hinblick auf soziale Dienstleistungen nicht zugleich Auftraggeber und Auftragnehmer sein.



Ausblick

Mit diesem Positionspapier bringen wir uns als Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen in den Hessischen Landtagswahlkampf ein. Wir weisen auf die weitverbreiteten sozialen Probleme hin, mit denen (nicht nur) in Armut lebende Menschen in ihrem Alltag konfrontiert sind. In unserer Arbeit erleben wir die Auswirkungen von Armut auf Menschen tagtäglich. Als deren Interessensvertretung ist es unsere Aufgabe, über Hintergründe und Dimensionen von Armut aufzuklären, deren Anliegen gegenüber der Landespolitik zu vertreten und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Armut schränkt grundlegende Rechte auf soziale und kulturelle Teilhabe massiv ein und muss daher bekämpft werden. Dies und die zunehmende soziale Polarisierung in den letzten Jahren ist **Grund genug, die neue Hessische Landesregierung zum Handeln aufzufordern und ein sozialpolitisches Programm aufzulegen, das allen Menschen in Hessen eine Partizipation ermöglicht.**

Neben den sozialpolitischen Rahmenbedingungen **sehen wir es als Wohlfahrtsverbände auch weiterhin als unsere Aufgabe an, mit den Menschen gemeinsam Wege aus der Armut zu suchen.**

Die Bedeutung der sozialen Dienste für Armutsprävention und -überwindung wird auch im aktuellen Landessozialbericht als unabdingbar bezeichnet. Dabei arbeiten wir gerne mit Institutionen und Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen, die uns als Wohlfahrtsverbände in unserem Auftrag unterstützen wollen.

Wir laden Sie daher ein: Nutzen Sie die hier vorgelegten Positionen und Forderungen, um ins Gespräch zu kommen – gerne auch mit uns.

Was wir Ihnen jetzt schon versprechen können: wir bleiben dran. Als Liga werden wir uns auch in naher Zukunft mit weiteren Positionen in den politischen Diskurs zur hessischen Landtagswahl einbringen.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände.

Sie vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso, wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. Mit ca. 7.300 Einrichtungen und Diensten sind die Mitgliedsverbände ein bedeutender Faktor für die Menschen, für eine soziale Infrastruktur und für die Wirtschaft in Hessen.

Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen wissen die rund 113.000 beruflich Beschäftigten und rund 160.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten, Tagesstätten, Bildungsstätten, Beratungsstellen, in den Frühförderstellen, ambulanten Diensten und anderen Einrichtungen um die sozialen Belange und die realen Rahmenbedingungen in Hessen.

Diese Kenntnisse bringt die Liga in die politischen Gespräche auf Landesebene und mit Verhandlungspartnern und Kostenträgern ein.



Sie haben noch **FRAGEN ?**

Dann wenden Sie sich gerne an uns.

Geschäftsstelle der
Liga der Freien Wohlfahrtspflege
in Hessen e. V.
Luisenstraße 26
65185 Wiesbaden

Telefon 0611 308-1434

info@liga-hessen.de

Unter <https://www.liga-hessen.de>
können Sie hierzu ein ausführliches Positionspapier herunterladen.
Außerdem finden Sie dort auch Links zu weiterführenden Unterlagen.

Literaturhinweis

2. Hessischer Landessozialbericht, Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Redaktion: Esther Walter, Dr. Frank Padberg, Phoebe Schröder, August 2017.

Angaben des ISP Eduard Pestel Instituts für Systemforschung e. V. aus dem Jahr 2018.

IWU (2016): Wohnungsbedarfsprognose für die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte. Endbericht. Eine Untersuchung im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 20.05.2016, Autoren: Joachim Kirchner und Markus Rodenfels.

Antwort der Hessischen Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Fr. Priska Hinz, am 13.06.2017 im Hessischen Landtag – auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Schaus (Die LINKE), DS 19/4667.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Positionen zur Hessischen Landtagswahl 2018

Impressum

Herausgeber:	Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. Luisenstraße 26, 65185 Wiesbaden (Geschäftsstelle)
Redaktion:	Dr. Felix Blaser, Philipp Funke
Layout:	Christa Nießen
Bildnachweis:	© Diakonie / Kathrin Harms
Stand:	Juni 2018



#gemeinsamgegenarmut

<https://www.liga-hessen.de>



Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.
Positionen zur Hessischen Landtagswahl 2018